

in Kraft getreten am 03.11.2021.
veröffentlicht im Amtsblatt für den
Landkreis Celle am 02.11.2021.

Friedhofsordnung (FO)

für den Friedhof
der Ev.-luth. Johannis-Kirchengemeinde Eschede in Eschede

Gemäß § 4 der Rechtsverordnung über die Verwaltung kirchlicher Friedhöfe (Friedhofsrechtsverordnung) vom 13. November 1973 (Kirchl. Amtsbl. 1974 S. 1) hat der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eschede am 30.06.2021 folgende Friedhofsordnung beschlossen:

Der Friedhof ist die Stätte, an der die Verstorbenen zur letzten Ruhe gebettet werden. Er ist mit seinen Gräbern ein sichtbares Zeichen der Vergänglichkeit des Menschen. Er ist zugleich ein Ort, an dem die Kirche die Botschaft verkündet, dass Christus dem Tode die Macht genommen hat und denen, die an ihn glauben, das ewige Leben geben wird. Aus dieser Erkenntnis und in dieser Gewissheit erhalten Arbeit und Gestaltung auf dem Friedhof Richtung und Weisung.

Inhaltsübersicht

<u>I. Allgemeine Vorschriften</u>	2
§ 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck	2
§ 2 Friedhofsverwaltung	2
§ 3 Schließung und Entwidmung	3
<u>II. Ordnungsvorschriften</u>	3
§ 4 Öffnungszeiten	3
§ 5 Verhalten auf dem Friedhof	3
§ 6 Dienstleistungen	4
<u>III. Allgemeine Bestattungsvorschriften</u>	4
§ 7 Anmeldung einer Bestattung	4
§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen	5
§ 9 Ruhezeiten	5
§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen	5
<u>IV. Grabstätten</u>	6
§ 11 Allgemeines	6
§ 12 Reihengrabstätten	7
§ 12a Rasenreihengrabstätten	7
§ 13 Wahlgrabstätten	8
§ 13a Rasenwahlgrabstätten	9
§ 13b Wahlgräber in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“	10
§ 13c Waldsteingrabstätten	11
§ 14 Urnenreihengrabstätten	11
§ 14a Urnenrasenreihengrabstätten	11
§ 14b Urnenreihengräber in der Ruhegemeinschaft „Rosen und Lavendel“	12
§ 15 Urnenwahlgrabstätten	13
§ 15a Urnenrasendoppelgrabstätten	13
§ 15b Urnenpartnergrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“	13
§ 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten	14
§ 17 Bestattungsverzeichnis	14
<u>V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen</u>	15
§ 18 Gestaltungsgrundsatz	15
§ 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen	15

<u>VI. Anlage und Pflege der Grabstätten</u>	15
§ 20 Allgemeines	15
§ 21 Grabpflege, Grabschmuck	16
§ 22 Vernachlässigung	16
<u>VII. Grabmale und andere Anlagen</u>	17
§ 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen	17
§ 24 Mausoleen und gemauerte Gräfte	18
§ 25 Entfernung	18
§ 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale	19
<u>VIII. Leichenräume und Trauerfeiern</u>	19
§ 27 Leichenhalle	19
§ 28 Benutzung der Friedhofskapelle.....	19
<u>IX. Haftung und Gebühren</u>	19
§ 29 Haftung.....	19
§ 30 Gebühren	19
<u>X. Übergangs- und Schlussvorschriften</u>	20
§ 31 Übergangsvorschriften	20
§ 32 Inkrafttreten, Außerkrafttreten	20

I. Allgemeine Vorschriften

§ 1 Geltungsbereich und Friedhofszweck

(1) Diese Friedhofsordnung gilt für den Friedhof der Ev.-luth. Johannis-Kirchengemeinde Eschede in seiner jeweiligen Größe. Der Friedhof umfasst zurzeit die Flurstücke 84, 85 und 318/75 Flur 3 Gemarkung Eschede in Größe von insgesamt 2.52.95 ha. Eigentümerin der Flurstücke ist Ev.-luth. Kirchengemeinde Eschede.

(2) Der Friedhof dient der Bestattung der Personen, die bei ihrem Ableben ihren Wohnsitz in der Ev.-luth. Kirchengemeinde Eschede hatten, sowie derjenigen, die bei ihrem Tode ein Recht auf Bestattung in einer bestimmten Grabstätte besaßen. Der Friedhof dient auch der Bestattung von Fehlgeborenen und Ungeborenen i.S.d. Niedersächsischen Bestattungsgesetzes.

(3) Andere Bestattungen bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 2 Friedhofsverwaltung

(1) Der Friedhof ist eine unselbständige Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird vom Kirchenvorstand verwaltet (Friedhofsverwaltung).

(2) Die Verwaltung des Friedhofs richtet sich nach dieser Friedhofsordnung sowie den sonstigen kirchlichen und staatlichen Vorschriften.

(3) Mit der Wahrnehmung der Friedhofsverwaltung kann der Kirchenvorstand einzelne Personen, einen Ausschuss oder eine kirchliche Verwaltungsstelle beauftragen.

(4) Erforderliche personenbezogene Daten im Zusammenhang mit einer Bestattung, Verleihung, Verlängerung oder Übertragung des Nutzungsrechts an einer Grabstätte, einer Anzeige zur Errichtung eines Grabmals oder anderer Anlagen, dem Tätigwerden von Dienstleistungserbringern sowie mit der Erhebung von Gebühren und Entgelten dürfen für den jeweiligen Zweck erhoben, verarbeitet und genutzt werden.

§ 3 Schließung und Entwidmung

- (1) Der Friedhof, einzelne Friedhofsteile und einzelne Grabstätten können aus einem wichtigen Grund beschränkt geschlossen, geschlossen und entwidmet werden.
- (2) Nach der beschränkten Schließung dürfen keine neuen Nutzungsrechte mehr verliehen werden. Eine Verlängerung von bestehenden Nutzungsrechten darf lediglich zur Anpassung an die Ruhezeit erfolgen. Bestattungen dürfen nur noch in Grabstätten stattfinden, an denen im Zeitpunkt der beschränkten Schließung noch Nutzungsrechte bestehen, sofern die Grabstätten noch nicht belegt sind oder sofern zu dem genannten Zeitpunkt die Ruhezeiten abgelaufen waren. Grabstellen an denen die Ruhezeit nach dem Zeitpunkt der beschränkten Schließung abläuft, dürfen nicht neu belegt werden. Eingeschränkt werden kann auch der Kreis der Bestattungsberechtigten. Ausnahmen von dieser Einschränkung kann die Friedhofsverwaltung im Einzelfall zur Vermeidung unbilliger Härten bei bestehenden Nutzungsrechten zulassen.
- (3) Nach der Schließung dürfen Bestattungen nicht mehr vorgenommen werden.
- (4) Durch die Entwidmung wird die Eigenschaft als Ruhestätte der Verstorbenen aufgehoben. Die Entwidmung wird erst ausgesprochen, wenn keine Nutzungsrechte mehr bestehen, sämtliche Ruhezeiten abgelaufen sind und eine angemessene Pietätsfrist vergangen ist.

II. Ordnungsvorschriften

§ 4 Öffnungszeiten

- (1) Der Friedhof ist während der an den Eingängen bekannt gegebenen Zeiten für den Besuch geöffnet.
- (2) Aus besonderem Anlass kann der Friedhof ganz oder teilweise für den Besuch vorübergehend geschlossen werden.

§ 5 Verhalten auf dem Friedhof

- (1) Jede Person hat sich auf dem Friedhof der Würde des Ortes entsprechend zu verhalten und Äußerungen, die sich in verletzender Weise gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche richten, zu unterlassen. Die Anordnungen des Friedhofspersonals sind zu befolgen. Die Friedhofsverwaltung kann Personen, die der Friedhofsordnung zuwiderhandeln, das Betreten des Friedhofs untersagen.
- (2) Auf dem Friedhof ist insbesondere nicht gestattet:
 - a) die Wege mit Fahrzeugen oder Rollschuhen, Inlinern, Skateboards aller Art - ausgenommen Kinderwagen, Rollstühle, Handwagen sowie Fahrzeuge der Friedhofsverwaltung und der für den Friedhof zugelassenen Dienstleistungserbringer - zu befahren,
 - b) Waren aller Art zu verkaufen sowie Dienstleistungen anzubieten,
 - c) an Sonn- und Feiertagen und in der Nähe einer Bestattung störende Arbeiten auszuführen,
 - d) Film-, Ton-, Video- und Fotoaufnahmen, außer zu privaten Zwecken, zu erstellen und zu verwerten,

- e) Druckschriften und andere Medien (z.B. CD, DVD) zu verteilen, ausgenommen Drucksachen, die im Rahmen der Bestattungsfeier notwendig und üblich sind,
- f) Grüngut, Strauchwerk, Grabsteine, Einfassung, Fundamente außerhalb der dafür bestimmten Stellen abzulagern oder sonstigen Abfall und mitgebrachten Unrat zu entsorgen,
- g) fremde Grabstätten und die Friedhofsanlagen außerhalb der Wege zu betreten, zu beschädigen oder zu verunreinigen,
- h) Hunde unangeleint mitzubringen.

(3) Die Friedhofsverwaltung kann Ausnahmen zulassen, soweit die Interessen Anderer nicht beeinträchtigt werden.

(4) Besondere Veranstaltungen auf dem Friedhof bedürfen der vorherigen Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

§ 6 Dienstleistungen

(1) Dienstleistungserbringer (Bildhauer, Steinmetze, Gärtner, Bestatter usw.) haben die für den Friedhof geltenden Bestimmungen zu beachten.

(2) Tätig werden dürfen nur solche Dienstleistungserbringer, die fachlich geeignet und in betrieblicher und personeller Hinsicht zuverlässig sind.

(3) Dienstleistungserbringern kann die Ausübung ihrer Tätigkeit von der Friedhofsverwaltung auf Zeit oder auf Dauer untersagt werden, wenn der Dienstleistungserbringer nach vorheriger Mahnung gegen für den Friedhof geltende Bestimmungen verstoßen hat. Bei einem schwerwiegenden Verstoß ist eine Mahnung entbehrlich.

(4) Die für die Arbeiten erforderlichen Werkzeuge und Materialien dürfen auf dem Friedhof nur vorübergehend und nur an Stellen gelagert werden, an denen sie nicht hindern. Die Arbeits- und Lagerplätze sind nach Beendigung der Tagesarbeit zu säubern und in einem ordnungsgemäßen Zustand zu verlassen und bei Unterbrechung der Tagesarbeit so herzurichten, dass eine Behinderung Anderer ausgeschlossen ist. Die Dienstleistungserbringer dürfen auf dem Friedhof keinen Abraum lagern. Geräte von Dienstleistungserbringern dürfen nicht an oder in den Wasserentnahmestellen des Friedhofs gereinigt werden.

(5) Dienstleistungserbringer haften gegenüber dem Friedhofsträger für alle Schäden, die sie im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit auf dem Friedhof schuldhaft verursachen.

III. Allgemeine Bestattungsvorschriften

§ 7 Anmeldung einer Bestattung

(1) Eine Bestattung ist unter Vorlage der gesetzlich vorgeschriebenen Unterlagen rechtzeitig bei der Friedhofsverwaltung anzumelden. Dabei ist mitzuteilen, wer die Bestattung leiten und wer sonst bei der Bestattung (einschließlich Trauerfeier) gestaltend mitwirken wird.

(2) Die Friedhofsverwaltung kann die Person, die die Bestattung leiten oder bei der Bestattung gestaltend mitwirken soll, ausschließen, wenn sie verletzende Äußerungen gegen den christlichen Glauben oder die evangelische Kirche getan hat und eine Wiederholung zu erwarten ist.

(3) Vor einer Bestattung in einer Wahlgrabstätte, an der ein Nutzungsrecht verliehen ist, ist das Nutzungsrecht nachzuweisen.

(4) Die Friedhofsverwaltung und das Pfarramt setzen im Benehmen mit der antragstellenden Person Ort und Zeit der Bestattung fest. Die Wünsche der Angehörigen sollen dabei nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

§ 8 Beschaffenheit von Särgen und Urnen

(1) Erdbestattungen sind nur in geschlossenen, feuchtigkeitshemmenden Särgen zulässig. Von der Sargpflicht nach Satz 1 kann die untere Gesundheitsbehörde Ausnahmen zulassen, wenn in der zu bestattenden Person ein wichtiger Grund vorliegt und ein öffentlicher Belang nicht entgegensteht.

(2) Für Erdbestattungen darf kein Sarg verwendet werden, der geeignet ist, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern oder der die Verwesung der Leiche nicht innerhalb der festgesetzten Ruhefrist ermöglicht.

(3) Säрге dürfen höchstens 2,05 m lang, 0,65 m hoch und im Mittelmaß 0,65 m breit sein. Für größere Säрге ist die Zustimmung der Friedhofsverwaltung bei der Anmeldung der Bestattung einzuholen.

(4) Für Sargauskleidungen, Leichenhüllen und Leichenbekleidungen gelten die Anforderungen des Absatzes 2 entsprechend.

(5) Für die Bestattung in zugänglichen, ausgemauerten Grüften sind nur Metallsäрге oder Holzsäрге mit Metalleinsatz zugelassen, die luftdicht verschlossen sind.

(6) Es dürfen keine Urnen, Überurnen oder Schmuckurnen verwendet werden, die aus Kunststoffen oder sonstigen nicht verrottbaren Werkstoffen hergestellt oder die geeignet sind, nachhaltig die physikalische, chemische oder biologische Beschaffenheit des Bodens oder des Grundwassers zu verändern.

§ 9 Ruhezeiten

(1) Die Ruhezeit für Leichen beträgt 30 Jahre.

(2) Die Ruhezeit für Aschen beträgt 30 Jahre.

§ 10 Umbettungen und Ausgrabungen

(1) Umbettungen dürfen zur Wahrung der Totenruhe grundsätzlich nicht vorgenommen werden.

(2) Leichen und Aschenreste in Urnen dürfen vor Ablauf der Ruhezeit nur mit Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde ausgegraben oder umgebettet werden.

(3) Die berechnigte Person hat sich gegenüber der Friedhofsverwaltung schriftlich zu verpflichten, alle Kosten zu übernehmen, die bei der Umbettung durch Beschädigung und Wiederinstandsetzung gärtnerischer oder baulicher Anlagen an Nachbargrabstätten oder Friedhofsanlagen entstehen.

(4) Der Ablauf der Ruhe- und der Nutzungszeit wird durch eine Umbettung nicht unterbrochen oder gehemmt.

(5) Grabmale, andere Anlagen, ihr Zubehör und Pflanzen können umgesetzt werden, wenn Gestaltungsbestimmungen des neuen Grabfeldes nicht entgegenstehen.

IV. Grabstätten

§ 11 Allgemeines

(1) Folgende Arten von Grabstätten stehen zur Verfügung:

- | | |
|--|----------|
| a) Reihengrabstätten | (§ 12), |
| b) Rasenreihengrabstätten | (§ 12a), |
| c) Wahlgrabstätten | (§ 13), |
| d) Rasenwahlgrabstätten | (§ 13a), |
| e) Wahlgrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“ | (§ 13b), |
| f) Waldsteingrabstätten | (§ 13c), |
| g) Urnenreihengrabstätten | (§ 14), |
| h) Urnenrasenreihengrabstätte | (§ 14a), |
| i) Urnenreihengrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Rosen und Lavendel“ | (§ 14b), |
| j) Urnenwahlgrabstätten | (§ 15), |
| k) Urnenrasendoppelgrabstätten | (§ 15a), |
| l) Urnenpartnergrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“ | (§ 15b). |

(2) Die Grabstätten bleiben im Eigentum des Friedhofsträgers. An ihnen werden nur öffentlich-rechtliche Nutzungsrechte nach Maßgabe dieser Ordnung in der jeweils geltenden Fassung verliehen. Ein Nutzungsrecht kann jeweils nur einer einzelnen Person, nicht mehreren Personen zugleich zustehen. Nutzungsberechtigte Personen haben jede Änderung ihrer Anschrift der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

(3) Rechte an Reihengrabstätten werden nur im Todesfall vergeben. Ein Anspruch auf Verleihung oder Wiedererwerb eines Nutzungsrechtes an einer Grabstätte in bestimmter Lage sowie auf Unveränderlichkeit der Umgebung besteht nicht.

(4) In einer Grabstelle darf grundsätzlich nur eine Leiche oder Asche bestattet werden. Eine verstorbene Mutter und ihr gleichzeitig - bei oder kurz nach der Geburt - verstorbene Kind oder zwei gleichzeitig verstorbene Kinder bis zum vollendeten 5. Lebensjahr dürfen in einer Grabstelle bestattet werden.

(5) Auf Antrag kann das Nutzungsrecht an einer bereits belegten Wahl- oder Urnenwahlgrabstelle für die Bestattung einer zusätzlichen Asche erweitert werden, wenn die bereits bestattete Person der Ehegatte oder die Ehegattin oder der Lebenspartner oder die Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft oder ein naher Verwandter war. Die damit verbundene Gebühr gemäß Friedhofsgebührenordnung wird zum Zeitpunkt der zusätzlichen Bestattung fällig.

(6) Bei neu anzulegenden Grabstätten sollen die Grabstellen etwa folgende Größe haben:

- | | | |
|--------------------------------------|---------------|----------------|
| • für Säрге von Kindern: | Länge: 1,50 m | Breite: 0,90 m |
| • für Säрге von Erwachsenen: | Länge: 2,50 m | Breite: 1,20 m |
| • für Urnenreihengräber: | Länge: 1,00 m | Breite: 1,00 m |
| • für Urnenwahlgräber: | Länge: 1,00 m | Breite: 1,00 m |
| • für Urnenrasengräber: | Länge: 0,80 m | Breite: 0,75 m |
| • für Urnen in der Ruhegemeinschaft: | Länge: 0,60 m | Breite: 0,60 m |

Für die bisherigen Grabstätten gelten die übernommenen Maße. Im Einzelnen ist der Gestaltungsplan für den Friedhof maßgebend.

(7) Die Mindestdiefe des Grabes beträgt von der Oberkante Sarg bis Erdoberfläche (ohne Grabhügel) 0,90 m, von der Oberkante Urne bis Erdoberfläche 0,50 m. Die Gräber für Erdbestattungen müssen voneinander durch mindestens 0,30 m starke Erdwände getrennt sein.

(8) Ein Grab darf nur von Personen ausgehoben und zugefüllt werden, die dafür von der Friedhofsverwaltung bestimmt oder zugelassen sind.

(9) Die nutzungsberechtigte Person muss Grabzubehör (Grabmal, Einfassung, Lampen, Vasen, Großgehölze usw.), soweit erforderlich, vor der Bestattung auf ihre Kosten entfernen. Über das Erfordernis entscheidet die Friedhofsverwaltung.

(10) Kommt die nutzungsberechtigte Person ihrer Verpflichtung aus Absatz 9 nicht nach und muss beim Ausheben des Grabes das Grabzubehör von dem Friedhofsträger entfernt werden, sind die dadurch entstehenden Kosten von der nutzungsberechtigten Person dem Friedhofsträger zu erstatten. Ein Anspruch auf Wiederverwendung herausgenommener Pflanzen besteht nicht.

§ 12 Reihengrabstätten

(1) Reihengrabstätten sind Grabstätten mit einer Grabstelle für eine Erdbestattung, die anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden. Der Blumenschmuck sowie der Erdhügel sind nach der Bestattung von der nutzungsberechtigten Person selbst oder von ihr beauftragten Dritten abzuräumen.

(2) Mindestens drei Monate vor Ablauf der Ruhezeit einer Reihengrabstätte wird die nutzungsberechtigte Person schriftlich oder durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld zum Abräumen nach § 25 (2) der Friedhofsordnung aufgefordert.

(3) Auf Antrag kann das Nutzungsrecht an einer belegten Reihengrabstätte in ein Nutzungsrecht an einer pflegefreien Grabstätte (als sogenanntes Rasengrab) umgewandelt werden. Eine Verlängerung nach Ablauf der Ruhezeit ist ausgeschlossen. Die Umwandlung des Nutzungsrechts ist mit einer Gebühr gemäß Friedhofsgebührenordnung verbunden. Des Weiteren ist § 25 (4) der Friedhofsordnung zu beachten. Ein Anspruch auf Umwandlung des Nutzungsrechts besteht nicht.

§ 12a Rasenreihengrabstätten

(1) Rasenreihengrabstätten sind Grabstätten in einer einheitlich gestalteten Grabanlage, die mit Rasen angelegt ist. Rasenreihengrabstätten werden mit einer Grabstelle für eine Erdbestattung anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(2) Rasenreihengrabstätten werden nach der Bestattung durch die Friedhofsverwaltung hergerichtet (Kränze abräumen und Erdhügel abtragen), mit Rasen eingesät und nicht eingefasst. Die dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage erfolgt durch die Friedhofsverwaltung oder von ihr beauftragten Dritten. Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Grabanlage besteht nicht.

Das Betreten und Begehen der Grabanlagen ist nur außerhalb der Bestattungsfläche gestattet.

(3) Die Rasenreihengrabstätten sind mit einem Grabmal aus Hartgestein zu versehen.

Grabmale sind nicht in der Gebühr für das Grabnutzungsrecht enthalten. Sie sind durch die Nutzungsberechtigte Person bei einem Fachbetrieb zu beauftragen. Das Vorhaben ist anzeige- und gebührenpflichtig. Auf das Grabmal kann nicht verzichtet werden.

Zwei Varianten der Gestaltung der Grabmale sind möglich:

a) **Rasenreihengrabstätte mit Grabplatte:** Diese Grabstätten erhalten ein in die Erde eingelassenes Grabmal (Rasengrabplatte). Das sichtbare Außenmaß beträgt 35 x 45 cm, die Inschrift umfasst (mindestens) Vornamen, Namen, Geburts- und Sterbejahr. Die Grabplatte wird bündig mit dem Boden eingesetzt.

b) **Rasenreihengrabstätte mit Namenstafel auf Grundplatte:** Als Grabmal ist eine schräg gestellte Namenstafel mit Inschrift von (mindestens) Vorname, Name, Geburts- und Sterbejahr, die auf einer Grundplatte (optional mit Pflanzloch) in den Boden eingesetzt wird, vorgeschrieben. Die Größe der Grundplatte darf 65 cm x 65 cm, die der Namenstafel 35 cm x 45 cm nicht überschreiten.

(4) Das Nutzungsrecht an Rasenreihengrabstätten umfasst die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage, jedoch nicht das Recht zur Errichtung eines anderen als unter Absatz (3) beschriebenen Grabmals und nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte. Eine individuelle Grabgestaltung (Anpflanzungen, das Aufstellen von Schalen o.ä., Blumenschmuck) ist nicht zulässig. Ausgenommen hiervon ist das Pflanzloch in der Grabmalanlage nach Absatz (3b) und der am Tage der Bestattung abgelegte Grabschmuck. Dieser darf für die Dauer von maximal 6 Wochen auf der Grabfläche verbleiben.

Für die Ablage von Blumenschmuck steht den Angehörigen eine zentrale Gedenkstätte zur Verfügung.

(5) Das Abräumen von Rasenreihengrabfeldern oder Teilen davon wird sechs Monate vor Ablauf der Ruhezeit durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.

(6) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Rasenreihengrabstätten auch die Vorschriften für Reihengrabstätten.

§ 13 Wahlgrabstätten

(1) Wahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit einer oder mehreren Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre, vom Tage der Verleihung an gerechnet. Über das Nutzungsrecht wird eine Urkunde ausgestellt.

(2) Das Nutzungsrecht kann mit Ausnahme der Fälle nach § 3 Absatz 2 auf Antrag für die gesamte Wahlgrabstätte um mindestens 5 und maximal um 30 Jahre verlängert werden. Die Friedhofsverwaltung ist nicht verpflichtet, zur rechtzeitigen Stellung eines Verlängerungsantrages aufzufordern. Bei einer Bestattung verlängert sich das Nutzungsrecht für die gesamte Wahlgrabstätte bis zum Ablauf der Ruhezeit. Die Gebühren für die Verlängerung richten sich nach der jeweiligen Gebührenordnung.

(3) In einer Wahlgrabstätte dürfen die Nutzungsberechtigte Person und folgende Angehörige bestattet werden:

- a) Ehegatte,
- b) Lebenspartner oder Lebenspartnerin nach dem Gesetz über die eingetragene Lebenspartnerschaft,
- c) Kinder, Stiefkinder sowie deren Ehegatten,
- d) Enkel in der Reihenfolge der Berechtigung ihrer Väter oder Mütter,

- e) Eltern,
- f) Geschwister,
- g) Stiefgeschwister,
- h) die nicht unter Buchstaben a) bis g) fallenden Erben.

Grundsätzlich entscheidet die nutzungsberechtigte Person, wer von den bestattungsberechtigten Personen bestattet wird. Kann nach dem Tode einer bestattungsberechtigten Person die Entscheidung der nutzungsberechtigten Person der Friedhofsverwaltung nicht rechtzeitig vor der Bestattung mitgeteilt werden, so ist die Friedhofsverwaltung nach pflichtgemäßer Prüfung berechtigt, die Bestattung zuzulassen. Die Bestattung anderer, auch nichtverwandter Personen bedarf eines Antrags der nutzungsberechtigten Person und der Genehmigung der Friedhofsverwaltung.

(4) Die nutzungsberechtigte Person kann zu ihren Lebzeiten ihr Nutzungsrecht auf eine der in Absatz 3 Buchstaben a) bis h) genannten Personen übertragen; zur Rechtswirksamkeit der Übertragung sind schriftliche Erklärungen der bisherigen und der neuen nutzungsberechtigten Person sowie die schriftliche Genehmigung der Friedhofsverwaltung erforderlich.

(5) Die nutzungsberechtigte Person soll der Friedhofsverwaltung schriftlich mitteilen, auf welchen ihrer bestattungsberechtigten Angehörigen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll. Eine schriftliche Einverständniserklärung der Rechtsnachfolgerin oder des Rechtsnachfolgers ist beizubringen. Hat die nutzungsberechtigte Person nicht bestimmt, auf wen das Nutzungsrecht nach ihrem Tode übergehen soll, so geht das Nutzungsrecht an die nach Absatz 3 bestattungsberechtigten Angehörigen in der dort genannten Reihenfolge über. Dabei steht das Nutzungsrecht innerhalb der einzelnen Gruppen der jeweils ältesten Person zu. Der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin hat der Friedhofsverwaltung auf deren Verlangen nachzuweisen, dass er neuer Nutzungsberechtigter oder sie neue Nutzungsberechtigte ist. Ist der Rechtsnachfolger oder die Rechtsnachfolgerin nicht daran interessiert, das Nutzungsrecht zu behalten, so kann er oder sie das Nutzungsrecht auf eine andere der in Absatz 3 genannten Personen oder, wenn eine solche nicht vorhanden ist, auf eine Person übertragen, die aufgrund ihres oder seines Nutzungsrechtes bestattungsberechtigt nach Absatz 3 geworden ist. Für die Übertragung gilt Absatz 4.

(6) Auf Antrag kann das Nutzungsrecht an einer belegten Wahlgrabstätte in ein Nutzungsrecht an einer pflegefreien Grabstätte (als sogenanntes Rasengrab) umgewandelt werden. Eine Verlängerung nach Ablauf der Ruhezeit ist ausgeschlossen. Die Umwandlung des Nutzungsrechts ist mit einer Gebühr gemäß Friedhofsgebührenordnung verbunden. Desweiteren ist § 25 (4) der Friedhofsordnung zu beachten. Ein Anspruch auf Umwandlung des Nutzungsrechts besteht nicht.

§ 13a Rasenwahlgrabstätten

(1) Rasenwahlgrabstätten sind Grabstätten für Erdbestattungen, die mit zwei Grabstellen anlässlich einer Bestattung vergeben und mit Rasen begrünt werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre vom Tage der Verleihung an gerechnet. Das Nutzungsrecht ist anlässlich der zweiten Bestattung zur Anpassung an die neue Ruhezeit für die ganze Grabstätte zu verlängern. Eine Verlängerung nach Ablauf der letzten Ruhezeit ist nicht möglich. Die zusätzliche Bestattung einer Urne auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen.

(2) Rasenwahlgrabstätten werden nach der Bestattung durch die Friedhofsverwaltung hergerichtet (Kränze abräumen und Erdhügel abtragen), mit Rasen eingesät und nicht eingefasst. Die dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage erfolgt durch die

Friedhofsverwaltung oder von ihr beauftragten Dritten. Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Grabanlage besteht nicht.

Das Betreten und Begehen der Grabanlagen ist nur außerhalb der Bestattungsfläche gestattet.

(3) Die Rasenwahlgrabstätte sind mit einem Grabmal aus Hartgestein zu versehen. Grabmale sind nicht in der Gebühr für das Grabnutzungsrecht enthalten. Sie sind durch die Nutzungsberechtigte Person bei einem Fachbetrieb zu beauftragen. Das Vorhaben ist anzeige- und gebührenpflichtig. Auf das Grabmal kann nicht verzichtet werden.

Zwei Varianten der Gestaltung der Grabmale sind möglich:

a) **Rasenwahlgrabstätte mit Grabplatte:** Jede Grabstätte erhält ein in die Erde eingelassenes Grabmal (Rasengrabplatte). Das sichtbare Außenmaß beträgt 75 x 45 cm für zwei Inschriften. Die Inschrift umfasst (mindestens) Vornamen, Namen, Geburts- und Sterbejahr jedes Bestatteten. Die Grabplatte wird bündig mit dem Boden eingesetzt. Anlässlich der zweiten Bestattung ist von der Nutzungsberechtigten Person die Nachbeschriftung der Grabplatte zu veranlassen.

b) **Rasenwahlgrabstätte mit Namenstafel auf einer Grundplatte:** Für jede Grabstätte ist eine schräg gestellte Namenstafel mit der Inschrift von (mindestens) Vorname, Name, Geburts- und Sterbejahr, die auf einer Grundplatte (optional mit Pflanzloch) in den Boden eingesetzt wird, vorgeschrieben. Die Größe der Grundplatte darf 80 cm x 65 cm und die der Namenstafel 50 cm x 50 cm nicht überschreiten. Anlässlich der zweiten Bestattung ist von der Nutzungsberechtigten Person die Nachbeschriftung der Namenstafel zu veranlassen.

(4) Das Nutzungsrecht an Rasenwahlgrabstätten umfasst die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage, jedoch nicht das Recht zur Errichtung eines anderen als unter Absatz (3) beschriebenen Grabmals und nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte. Eine individuelle Grabgestaltung (Anpflanzungen, das Aufstellen von Schalen o.ä., Blumenschmuck) ist nicht zulässig. Ausgenommen hiervon ist das Pflanzloch in der Grabmalanlage nach Absatz (3b) und der am Tage der Bestattung abgelegte Grabschmuck. Dieser darf für die Dauer von maximal 6 Wochen auf der Grabfläche verbleiben.

Für die Ablage von Blumenschmuck steht den Angehörigen eine zentrale Gedenkstätte zur Verfügung.

(5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Rasenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 13b Wahlgräber in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“

(1) Wahlgrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“ werden mit einer oder zwei Grabstellen für Erdbestattungen anlässlich einer Bestattung vergeben. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre vom Tage der Verleihung an gerechnet.

(2) Der Erwerb des Nutzungsrechtes als auch die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist nur in Verbindung mit einem Dauergrabpflegevertrag mit der Treuhandstelle für Dauergrabpflege Niedersachsen/ Sachsen-Anhalt GmbH mit Sitz in Hannover möglich. Der Nutzungsberechtigte kann die Grabstätte auswählen. Das Nutzungsrecht kann verlängert werden. Es kann jeweils nur eine Bestattung auf einer Grabstelle erfolgen. Die zusätzliche Bestattung von Urnen auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen.

(3) Die Wahlgrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“ sind von der Nutzungsberechtigten Person mit einem stehenden Stein, der den Namen und Vornamen, ggf. den Geburtsnamen sowie das Geburts- und Sterbejahr des Bestatteten enthält, zu versehen. Maße für das einsteilige Wahlgrab: 75 cm hoch, 45 cm breit, Stärke 13 cm. Maße für das zweisteilige Wahlgrab: 70 cm hoch, 115 cm breit, Stärke 13 cm.

Eine 20 %-ige Abweichung ist zulässig. Auf den Grabstein kann nicht verzichtet werden. Die Beschaffung und das Aufstellen des Grabsteins erfolgt auf eigene Rechnung der Nutzungsberechtigten Person. Das Vorhaben ist anzeige- und gebührenpflichtig.

Anlässlich der zweiten Bestattung in einer zweistelligen Wahlgrabstätte in der „Heidellandschaft“ erfolgt eine Nachbeschriftung auf dem Grabstein. Diese ist von der Nutzungsberechtigten Person auf eigene Rechnung in Auftrag zu geben.

(4) Das Nutzungsrecht umfasst nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte. Die Pflege der Anlage erfolgt durch einen von der Treuhandgesellschaft beauftragten Dritten. Eine individuelle Grabgestaltung ist lediglich auf einer Teilfläche von 30 cm x 30 cm auf der entsprechenden Grabstelle erlaubt. Der Grabschmuck am Tage der Bestattung darf direkt auf der Grabstelle abgelegt werden. Dieser kann bis zu 3 Wochen dort verbleiben und wird durch das mit der Pflege beauftragte Unternehmen abgeräumt.

(5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Wahlgräber in der „Heidellandschaft“ auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 13c Waldsteingrabstätten

(1) Waldsteingrabstätten sind pflegefreie Grabstätten für Erdbestattungen, die für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. **Es werden keine neuen Nutzungsrechte an diesen Grabstätten verliehen.** Die zusätzliche Bestattung von Urnen auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen. Eine Verlängerung nach Ablauf der letzten Ruhezeit ist nicht möglich.

(2) Waldsteingrabstätten werden von der Friedhofsverwaltung oder von ihr beauftragten Dritten einheitlich mit dem Bodendecker Waldsteinia duchesnea indica (botanische Bezeichnung) angelegt. Das Nutzungsrecht umfasst die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage, das Auffüllen mit Mutterboden nach Grabsenkungen sowie die Abräumung der Grabstätte nach Ablauf der Nutzungszeit. Zusätzliche Bepflanzung und andere individuelle Grabgestaltung ist nicht zulässig.

§ 14 Urnenreihengrabstätten

(1) Urnenreihengrabstätten werden zur Bestattung von Aschen vergeben. In einer Urnenreihengrabstätte darf nur eine Asche bestattet werden.

(2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenreihengrabstätten auch die Vorschriften für Reihengrabstätten.

§ 14a Urnenrasenreihengrabstätten

(1) Urnenrasenreihengrabstätten sind Grabstätten in einer einheitlich gestalteten Grabanlage, die mit Rasen angelegt ist. Urnenrasenreihengrabstätten werden mit einer Grabstelle für eine Urnenbestattung anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben werden. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(2) Urnenrasenreihengrabstätten werden nach der Bestattung durch die Friedhofsverwaltung hergerichtet (Kränze abräumen), mit Rasen eingesät und nicht eingefasst. Die Pflege erfolgt durch die Friedhofsverwaltung oder von ihr beauftragten Dritten. Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Grabanlage besteht nicht. Das Betreten und Begehen der Grabanlagen ist nur außerhalb der Bestattungsfläche gestattet.

(3) Die Grabstätte ist mit einer Grabplatte aus Hartgestein zu versehen mit den Maßen 35 x 45 cm, die Inschrift umfasst Vornamen und Namen sowie Geburts- und Sterbejahr. Die Grabplatte wird bündig mit dem Boden eingesetzt. Grabmale sind nicht in der Gebühr für das Grabnutzungsrecht enthalten. Sie sind durch die Nutzungsberechtigte Person bei einem Fachbetrieb zu beauftragen. Das Vorhaben ist anzeige- und gebührenpflichtig. Auf das Grabzeichen kann nicht verzichtet werden.

(4) Das Nutzungsrecht an Urnenrasenreihengrabstätten umfasst die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage, jedoch nicht das Recht zur Errichtung eines anderen als unter Absatz (3) beschriebenen Grabmals oder zur eigenen Pflege der Grabstätte. Eine individuelle Grabgestaltung (Anpflanzungen, das Aufstellen von Schalen o.ä., Blumenschmuck) ist nicht zulässig. Ausgenommen hiervon ist der am Tage der Bestattung abgelegte Grabschmuck. Dieser darf für die Dauer von maximal 6 Wochen auf der Grabfläche verbleiben.

Für die Ablage von Blumenschmuck steht den Angehörigen eine zentrale Gedenkstätte zur Verfügung.

(5) Das Abräumen von Urnenrasenreihengrabfeldern oder Teilen davon wird sechs Monate vor Ablauf der Ruhezeit durch ein Hinweisschild auf dem betreffenden Grabfeld bekannt gemacht.

(6) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenrasenreihengrabstätten auch die Vorschriften für Reihengrabstätten.

§ 14b Urnenreihengräber in der Ruhegemeinschaft „Rosen und Lavendel“

(1) Urnenreihengrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Rosen und Lavendel“ sind Grabstätten für Urnenbestattungen mit einer Grabstelle, die der Reihe nach belegt werden. In einer Urneneinzelgrabstätte darf nur eine Asche bestattet werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre vom Tage der Verleihung an gerechnet.

(2) Der Erwerb des Nutzungsrechtes ist nur in Verbindung mit einem Dauergrabpflegevertrag mit der Treuhandstelle für Dauergrabpflege Niedersachsen/Sachsen-Anhalt GmbH mit Sitz in Hannover möglich. Die zusätzliche Bestattung von Urnen auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen. Das Nutzungsrecht kann nicht verlängert werden.

(3) An einem Granitkreuz, im Zentrum der Ruhegemeinschaft, erfolgt eine Namensnennung auf einheitlichen Edelstahlschildern in einer Größe von ca. 10 cm x ca. 5 cm mit Namen und Vornamen, ggf. Geburtsnamen sowie Geburts- und Sterbejahr des Bestatteten. Auf das Namensschild kann nicht verzichtet werden. Der Erwerb der Plakette ist über den Dauergrabpflegevertrag mit abgedeckt. Die Beschaffung und Anbringung erfolgt über den von der Treuhandgesellschaft beauftragten Gärtner.

(4) Das Nutzungsrecht umfasst nicht das Recht zur Errichtung eines eigenen Grabmals und nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte. Die Pflege der Anlage erfolgt durch einen von der Treuhandgesellschaft beauftragten Dritten. Eine individuelle Grabgestaltung ist nicht zulässig. Lediglich das Aufstellen von Steckvasen zur Aufnahme von Schnittblumen ist auf der Grabstelle erlaubt. Für die Ablage des Grabschmuckes am Tage der Bestattung steht eine Fläche vor dem Gedenkstein zur Verfügung. Dieser kann bis zu 3 Wochen dort verbleiben und wird durch das mit der Pflege beauftragte Unternehmen abgeräumt. Dies gilt ebenso für abgestellte Pflanzschalen.

(5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenreihengräber in der Ruhegemeinschaft „Rosen und Lavendel“ auch die Vorschriften für Reihengrabstätten.

§ 15 Urnenwahlgrabstätten

(1) Urnenwahlgrabstätten werden mit einer oder mehreren Grabstellen zur Bestattung einer Asche für die Dauer von 30 Jahren vergeben.

(2) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 15a Urnenrasendoppelgrabstätten

(1) Urnenrasendoppelgrabstätten sind Grabstätten in einer einheitlich gestalteten Grabanlage, die mit Rasen angelegt ist. Urnenrasendoppelgrabstätten werden mit zwei Grabstellen für jeweils eine Urnenbestattung anlässlich einer Bestattung der Reihe nach für die Dauer der Ruhezeit vergeben. Das Nutzungsrecht ist im Rahmen der zweiten Bestattung zur Anpassung an die neue Ruhezeit für die ganze Grabstätte zu verlängern. Nach Ablauf der letzten Ruhezeit ist eine weitere Verlängerung ausgeschlossen. Die zusätzliche Bestattung von Urnen auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen.

(2) Urnenrasendoppelgrabstätten werden nach der Bestattung durch die Friedhofsverwaltung hergerichtet (Kränze abräumen), mit Rasen eingesät und nicht eingefasst. Die dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage erfolgt durch die Friedhofsverwaltung oder von ihr beauftragten Dritten.

Ein Anspruch auf Unveränderlichkeit der Grabanlage besteht nicht. Das Betreten und Begehen der Grabanlagen ist nur außerhalb der Bestattungsfläche gestattet.

(3) Jede Urnenrasendoppelgrabstätte ist mit einer liegenden Grabplatte aus Hartgestein zu versehen. Das sichtbare Außenmaß beträgt (Länge x Breite) 70 cm x 45 cm für zwei Inschriften. Die Inschrift umfasst (mindestens) Vornamen und Nachnamen sowie Geburts- und Sterbejahr jedes Bestatteten. Die Grabplatte wird bündig mit dem Boden eingesetzt. Grabmale sind nicht in der Gebühr für das Grabnutzungsrecht enthalten. Sie sind durch die nutzungsberechtigte Person bei einem Fachbetrieb zu beauftragen. Das Vorhaben ist anzeige- und gebührenpflichtig. Auf das Grabzeichen kann nicht verzichtet werden. Anlässlich der zweiten Bestattung ist von der nutzungsberechtigten Person die Nachbeschriftung der Grabplatte zu veranlassen.

(4) Das Nutzungsrecht an Urnenrasenwahlgrabstätten umfasst die Herstellung und dauerhafte Unterhaltung der Grabanlage, jedoch nicht das Recht zur Errichtung eines anderen als unter Absatz (3) beschriebenen Grabmals und nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte. Eine individuelle Grabgestaltung (Anpflanzungen, das Aufstellen von Schalen o.ä., Blumenschmuck) ist nicht zulässig. Ausgenommen hiervon ist der am Tage der Bestattung abgelegte Grabschmuck. Dieser darf für die Dauer von maximal 6 Wochen auf der Grabfläche verbleiben.

(5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenrasenwahlgrabstätten auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 15b Urnenpartnergrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“

(1) Urnenpartnergrabstätten in der Ruhegemeinschaft „Heidelandschaft“ sind Grabstätten für Urnenbestattungen, die mit zwei Grabstellen vergeben werden. Die Dauer des Nutzungsrechtes beträgt 30 Jahre vom Tage der Verleihung an gerechnet.

(2) Der Erwerb des Nutzungsrechtes als auch die Verlängerung des Nutzungsrechtes ist nur in Verbindung mit einem Dauergrabpflegevertrag mit der Treuhandstelle für Dauergrabpflege Niedersachsen/ Sachsen-Anhalt GmbH mit Sitz in Hannover möglich. Der Nutzungsberechtigte kann die Urnenpartnergrabstätte auswählen. Es kann jeweils nur eine Bestattung auf einer Grabstelle erfolgen. Die zusätzliche Bestattung von Urnen auf einer bereits belegten Grabstelle ist ausgeschlossen. Das Nutzungsrecht kann verlängert werden.

(3) Die Urnenpartnergrabstätten in der „Heidelandschaft“ sind von der Nutzungsberechtigten Person mit einem stehenden Stein (Maße: 75 cm hoch, 45 cm breit, Stärke 13 cm), der den Namen und Vornamen, ggf. den Geburtsnamen sowie das Geburts- und Sterbejahr des Bestatteten enthält, zu versehen. Eine 20 %-ige Abweichung ist zulässig. Auf den Grabstein kann nicht verzichtet werden. Die Beschaffung und das Aufstellen des Grabsteins erfolgt auf eigene Rechnung der Nutzungsberechtigten Person. Das Vorhaben ist anzeige- und gebührenpflichtig. Anlässlich der zweiten Bestattung in einer Urnenpartnergrabstätte in der „Heidelandschaft“ erfolgt eine Nachbeschriftung auf dem Grabstein. Diese ist auf eigene Rechnung von der Nutzungsberechtigten Person in Auftrag zu geben.

(4) Das Nutzungsrecht umfasst nicht das Recht zur eigenen Pflege der Grabstätte. Die Pflege der Anlage erfolgt durch einen von der Treuhandgesellschaft beauftragten Dritten. Eine individuelle Grabgestaltung ist lediglich auf einer Teilfläche von 30 cm x 30 cm auf der entsprechenden Grabstelle erlaubt. Der Grabschmuck am Tage der Bestattung darf direkt auf der Grabstelle abgelegt werden. Dieser kann bis zu 3 Wochen dort verbleiben und wird durch das mit der Pflege beauftragte Unternehmen abgeräumt.

(5) Soweit sich nicht aus der Friedhofsordnung etwas anderes ergibt, gelten für Urnenwahlgräber in der „Heidelandschaft“ auch die Vorschriften für Wahlgrabstätten.

§ 16 Rückgabe von Wahlgrabstätten

(1) Das Nutzungsrecht an unbelegten Grabstätten kann jederzeit, an teilbelegten Grabstätten erst nach Ablauf der letzten Ruhezeit, zurückgegeben werden. Die Rückgabe ist nur für die gesamte Grabstätte zulässig. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Friedhofsverwaltung.

(2) Bei der Rückgabe von Nutzungsrechten an Wahlgrabstätten besteht kein Anspruch auf Gebührenerstattung.

(3) Die Friedhofsverwaltung kann mit der Nutzungsberechtigten Person übergroßer Wahlgrabstätten (Wahlgrabstätten mit 4 oder mehr Grabstellen) besondere schriftliche Vereinbarungen über die künftige Nutzung abschließen. Ein Anspruch auf Abschluss von derartigen Vereinbarungen besteht nicht.

§ 17 Bestattungsverzeichnis

Die Friedhofsverwaltung führt über die Bestattungen ein Verzeichnis, aus dem sich nachvollziehen lässt, wer an welcher Stelle bestattet ist und wann die Ruhezeit abläuft.

V. Gestaltung von Grabstätten und Grabmalen

§ 18 Gestaltungsgrundsatz

Jede Grabstätte ist so zu gestalten und an die Umgebung anzupassen, dass der Friedhofszweck und die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

§ 19 Gestaltung und Standsicherheit von Grabmalen und anderen Anlagen

(1) Grabmale und andere Anlagen dürfen nicht so gestaltet werden, dass sie eine Verunstaltung des Friedhofes bewirken oder Friedhofsbesucher in ihrer Andacht stören können. Die Gestaltung darf sich ferner nicht gegen den christlichen Glauben richten. Im Übrigen gilt § 18 entsprechend. Werkstattbezeichnungen dürfen nur unten an der Seite oder Rückseite eines Grabmals in unauffälliger Weise angebracht werden.

(2) Es sollen nur Grabmale einschließlich anderer Anlagen errichtet werden, die nachweislich in der Wertschöpfungskette ohne ausbeuterische Kinderarbeit im Sinne des „Übereinkommens 182 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) über das Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit“ hergestellt sind.

(3) Grabmale und andere Anlagen sind dauernd in würdigem und verkehrssicherem Zustand zu halten. Hierfür sind die Nutzungsberechtigten Personen verantwortlich.

(4) Erscheint die Standsicherheit von Grabmalen, anderen Anlagen oder Teilen davon gefährdet, sind die für die Unterhaltung verantwortlichen Nutzungsberechtigten Personen verpflichtet, unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Bei Gefahr im Verzuge kann der Friedhofsträger auf Kosten der Nutzungsberechtigten Personen Sicherungsmaßnahmen treffen (z.B. Absperrungen, Umlegen von Grabmalen). Wird der ordnungswidrige Zustand trotz schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung nicht innerhalb einer festzusetzenden angemessenen Frist beseitigt, ist der Friedhofsträger berechtigt, die Grabmale, andere Anlagen oder Teile davon auf Kosten der Nutzungsberechtigten Personen zu entfernen. Sind Nutzungsberechtigte Personen nicht bekannt oder ohne besonderen Aufwand nicht zu ermitteln, genügen als Aufforderung eine öffentliche Bekanntmachung und ein Hinweisschild auf den Grabstätten, das für die Dauer von einem Monat aufgestellt wird.

VI. Anlage und Pflege der Grabstätten

§ 20 Allgemeines

(1) Die Grabstätten müssen binnen sechs Monaten nach der Belegung oder nach dem Erwerb des Nutzungsrechts angelegt sein. Sie dürfen nur mit Gewächsen bepflanzt werden, durch die benachbarte Grabstätten und öffentliche Anlagen nicht beeinträchtigt werden. Das Pflanzen von Bäumen ist auf den Grabstätten nicht gestattet.

(2) Zur gärtnerischen Anlage und Pflege sind die jeweiligen Nutzungsberechtigten Personen verpflichtet. Die Verpflichtung zur Pflege besteht bis zum Ablauf des Nutzungsrechtes.

(3) Die Friedhofsverwaltung ist befugt, stark wuchernde, absterbende oder Bestattungen behindernde Hecken und Sträucher zu beschneiden oder zu beseitigen. Verwelkte Blumen, Kränze usw. sind von den Grabstätten zu entfernen und an den dafür vorgesehenen Plätzen abzulegen. Wertstoffe und sonstiger Abfall (siehe auch §5 Absatz 2f) dürfen nicht auf dem Friedhof entsorgt werden und sind mitzunehmen.

(4) Die Unterhaltung und Veränderung der gärtnerischen Anlagen außerhalb der Grabstätten obliegt allein der Friedhofsverwaltung.

(5) Der Friedhofsträger ist nicht verpflichtet, zur Verhütung von Schäden, die durch fremde Personen und Tiere hervorgerufen werden, Vorkehrungen zu treffen.

(6) Grabeinfassungen aus Beton oder Zement sind zu vermeiden.

(7) Grabbedeckungen mit Kieselsteinen, Splitt und ähnlichen Stoffen ohne Bepflanzung sind untersagt.

(8) Oberflächenversiegelnde Grababdeckungen aus Beton, Terrazzo, Stein(-platten), Folien und anderen Materialien sind nicht gestattet.

§ 21 Grabpflege, Grabschmuck

(1) Die Verwendung von Pflanzenschutz- und Wildkrautbekämpfungsmitteln, von Pestiziden sowie von biologisch nicht abbaubaren Reinigungsmitteln zur Grabpflege und Reinigung von Grabmalen und anderen Anlagen ist nicht gestattet.

(2) Kunststoffe dürfen in sämtlichen Produkten der Trauerfloristik, insbesondere in Kränzen, Trauergebinden, Trauergestecken, in Grabschmuck und bei Grabeinfassungen sowie bei Pflanzenanzuchtbehältern, die an der Pflanze verbleiben, nicht verwendet werden. Ausgenommen sind Grabvasen und Markierungszeichen.

(3) Die Verwendung von Blechdosen, Gläsern, Flaschen o. ä. für die Aufnahme von Schnittblumen ist nicht gestattet.

§ 22 Vernachlässigung

(1) Wird eine Grabstätte nicht vorschriftsmäßig hergerichtet oder gepflegt, hat die Nutzungsberechtigte Person nach schriftlicher Aufforderung der Friedhofsverwaltung die Grabstätte innerhalb einer angemessenen Frist in Ordnung zu bringen. Kommt sie der Verpflichtung nicht nach, kann die Friedhofsverwaltung die Grabstätte auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person in Ordnung bringen oder bringen lassen. Ist die Nutzungsberechtigte Person der Verpflichtung aus Satz 1 nicht nachgekommen, kann die Friedhofsverwaltung auch das Nutzungsrecht ohne Entschädigung entziehen, soweit sie die Nutzungsberechtigte Person schriftlich unter Fristsetzung hierauf hingewiesen hat. In dem Entziehungsbescheid wird die Nutzungsberechtigte Person aufgefordert, das Grabmal und die anderen Anlagen innerhalb von drei Monaten nach Unanfechtbarkeit des Bescheides zu entfernen.

(2) Ist die Nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, wird durch eine öffentliche Bekanntmachung auf die Verpflichtung zur Herrichtung und Pflege hingewiesen. Außerdem wird die unbekanntes Nutzungsberechtigte Person durch ein Hinweisschild auf der Grabstätte aufgefordert, sich mit der Friedhofsverwaltung in Verbindung zu setzen. Bleibt die Aufforderung oder der Hinweis drei Monate unbeachtet, kann die Friedhofsverwaltung

a) die Grabstätte abräumen, einebnen und einsäen und

b) Grabmale und andere Anlagen beseitigen lassen.

(3) Bei ordnungswidrigem Grabschmuck gilt Absatz 1 Satz 1 entsprechend. Wird die Aufforderung nicht befolgt oder ist die Nutzungsberechtigte Person nicht bekannt oder

nicht ohne besonderen Aufwand zu ermitteln, kann die Friedhofsverwaltung den Grabschmuck auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person entfernen oder entfernen lassen.

VII. Grabmale und andere Anlagen

§ 23 Errichtung und Änderung von Grabmalen

- (1) Die Errichtung und jede Änderung von Grabmalen und anderen Anlagen sind der Friedhofsverwaltung anzuzeigen mit der Erklärung, dass das Vorhaben der gültigen Friedhofsordnung und den Vorgaben des technischen Regelwerks entspricht.
- (2) Der Anzeige ist der Grabmalentwurf in einem geeigneten Maßstab beizufügen. In den Anzeigeunterlagen sollen alle wesentlichen Teile erkennbar, die Darstellung der Befestigungsmittel mit Bemaßung und Materialangaben sowie die Gründungstechnik mit Maßangaben und Materialbenennung in den Anzeigeunterlagen eingetragen sein.
- (3) Mit dem Vorhaben darf drei Monate nach Vorlage der vollständigen Anzeige begonnen werden, wenn seitens der Friedhofsverwaltung in dieser Zeit keine Bedenken wegen eines Verstoßes gegen die Friedhofsordnung oder das technische Regelwerk geltend gemacht werden. Vor Ablauf von drei Monaten darf begonnen werden, wenn die Friedhofsverwaltung schriftlich die Übereinstimmung mit der geltenden Friedhofsordnung und die Vollständigkeit der Anzeige der sicherheitsrelevanten Daten bestätigt.
- (4) Das Vorhaben ist erneut anzuzeigen, wenn das Grabmal oder die sonstige bauliche Anlage nicht binnen eines Jahres nach Einreichen der Anzeige errichtet oder geändert worden ist.
- (5) Die Grabmale und sonstigen baulichen Anlagen müssen verkehrssicher sein. Sie sind entsprechend ihrer Größe nach den allgemeinen Regeln der Baukunst zu fundamentieren und so zu befestigen, dass sie dauernd standsicher sind und auch beim Öffnen benachbarter Gräber nicht umstürzen. Maßgebendes Regelwerk zur Auslegung der Regeln der Baukunst ist ausschließlich die aktuelle Fassung der „Technischen Anleitung zur Standsicherheit von Grabmalanlagen (TA Grabmal) der Deutschen Naturstein-Akademie e.V. (DENAK)“. Die TA Grabmal gilt für die Planung, Erstellung, Ausführung, die Abnahmeprüfung und jährliche Prüfung der Grabmalanlagen.
- (6) Für alle neu errichteten, versetzten und reparierten Grabmale hat der Steinmetz oder sonstige Dienstleistungserbringer (mit gleichwertiger Qualifikation in Befestigungstechnik, Planung, Berechnung und Ausführung von Gründungen) eine Abnahmeprüfung nach Abschnitt 4 der TA Grabmal vorzunehmen. Die gleichwertige Qualifikation i.S.v. Satz 1 ist zweifelsfrei nachzuweisen. Der Prüfablauf ist nachvollziehbar zu dokumentieren.
- (7) Die Nutzungsberechtigte Person oder eine von ihr bevollmächtigte Person hat der Friedhofsverwaltung spätestens sechs Wochen nach Fertigstellung der Grabmalanlage die Dokumentation der Abnahmeprüfung und die Abnahmebescheinigung entsprechend den Anforderungen der TA Grabmal vorzulegen.
- (8) Fachlich geeignet i.S.v. § 6 Absatz 2 sind Dienstleistungserbringer, die aufgrund ihrer Ausbildung in der Lage sind, unter Beachtung der örtlichen Gegebenheiten des Friedhofes die angemessene Gründungsart zu wählen und nach der TA Grabmal die erforderlichen Fundamentabmessungen zu berechnen. Die Dienstleistungserbringer müssen in der Lage sein, für die Befestigung der Grabmalteile das richtige Befestigungsmittel auszuwählen, zu dimensionieren und zu montieren. Ferner müssen

sie die Standsicherheit von Grabmalanlagen beurteilen können und fähig sein, mit Hilfe von Messgeräten die Standsicherheit zu kontrollieren und zu dokumentieren.

(9) Entspricht die Ausführung eines errichteten oder veränderten Grabmals und anderer Anlagen nicht den Anzeigeunterlagen und den Vorgaben der Friedhofsordnung, setzt die Friedhofsverwaltung der Nutzungsberechtigten Person eine angemessene Frist zur Beseitigung oder Abänderung des Grabmals und anderer Anlagen. Nach ergebnislosem Ablauf der Frist kann die Friedhofsverwaltung die Abänderung oder Beseitigung auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person veranlassen. Bei nicht ordnungsmäßiger Gründung und Befestigung des Grabmals und anderer Anlagen gilt § 19 Absatz 4.

(10) Vorgeschriebene Grabzeichen für Grabstätten gemäß §§ 12a, 13a, 13b, 14a, 15a und 15b sind innerhalb von 12 Monaten nach der Bestattung zu errichten bzw. die Nachbeschriftung zu veranlassen. Nach Ablauf dieser Frist kann die Friedhofsverwaltung nach ergebnisloser Aufforderung das vorgeschriebene Grabzeichen nach Mindestvorgaben auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person beauftragen.

§ 24 Mausoleen und gemauerte Gräfte

(1) Soweit auf den Friedhöfen Mausoleen oder gemauerte Gräfte bestehen, können sie im Rahmen der bestehenden Nutzungsrechte genutzt werden. Neubauten sind nicht möglich. Im Übrigen gelten § 19 Absätze 3 und 4 entsprechend.

(2) Die Verleihung neuer Nutzungsrechte an vorhandenen Mausoleen oder gemauerten Gräften ist nur möglich, wenn sich die Nutzungsberechtigten Personen in schriftlichen Verträgen gegenüber der Friedhofsverwaltung verpflichten, alle mit der Instandsetzung und Unterhaltung der Mausoleen und Gräfte verbundenen Kosten und die Verkehrssicherungspflicht zu übernehmen. Nach Beendigung des Nutzungsrechts sind die Mausoleen oder gemauerten Gräfte von den Nutzungsberechtigten Personen vollständig zu entfernen.

§ 25 Entfernung

(1) Grabmale und andere Anlagen dürfen vor Ablauf des Nutzungsrechts nur mit vorheriger Zustimmung der Friedhofsverwaltung entfernt werden.

(2) Nach Ablauf der Nutzungszeit ist die Grabstätte von der Nutzungsberechtigten Person oder von ihr beauftragten Dritten innerhalb von drei Monaten komplett zu räumen. Dies beinhaltet neben der vollständigen Entfernung des Bewuchses auch die Beseitigung der Grabmale und anderer baulicher Anlagen (z.B. Einfassung) inkl. Fundament. Soweit es sich um ein Grabmal nach § 26 handelt, bedarf die Entfernung der Zustimmung der Friedhofsverwaltung. Abgesackte Grabstätten sind mit Mutterboden auf Umgebungsniveau aufzufüllen. Nach erfolgter Einebnung ist ein entsprechender Hinweis an die Friedhofsverwaltung zu geben.

(3) Kommt die Nutzungsberechtigte Person dieser Verpflichtung innerhalb von drei Monaten nicht nach, wird die Friedhofsverwaltung die Abräumung auf Kosten der Nutzungsberechtigten Person veranlassen. Die Einebnungskosten werden der Nutzungsberechtigten Person nach tatsächlichem Aufwand in Rechnung gestellt. Ersatz für ein Grabmal und eine Grabanlage ist von der Friedhofsverwaltung nicht zu leisten. Die Friedhofsverwaltung ist auch nicht zur Aufbewahrung abgeräumter Grabmale und Grabanlagen verpflichtet.

(4) Wurde das Nutzungsrecht umgewandelt in ein Nutzungsrecht für ein Rasengrab nach § 12 (3) bzw. § 13 (6), ist von der Nutzungsberechtigten Person oder von ihr beauftragten Dritten von der Grabstätte der Bewuchs sowie bauliche Anlagen, wie z.B. Einfassung inkl. etwaiger Fundamente und Trittsteine, jedoch nicht vorhandene Grabmale zu

entfernen. Abgesackte Grabstätten sind mit Mutterboden auf Umgebungsniveau aufzufüllen. Nach erfolgter Einebnung ist ein entsprechender Hinweis an die Friedhofsverwaltung zu geben.

Grabmale dürfen nicht entfernt werden. Die Friedhofsverwaltung räumt Grabmale nach Ablauf der Ruhezeit, behält sich aber zur Erhaltung der Verkehrssicherheit vor, diese zu legen oder vorzeitig von der Grabstätte zu entfernen.

§ 26 Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale

Künstlerisch oder historisch wertvolle Grabmale werden nach Möglichkeit von der Friedhofsverwaltung erhalten.

VIII. Leichenräume und Trauerfeiern

§ 27 Leichenhalle

- (1) Die Leichenhalle dient zur Aufnahme von Leichen bis zur Bestattung.
- (2) Auf Wunsch der Angehörigen kann ein Sarg, sofern keine Bedenken bestehen, in der Leichenhalle von einem Beauftragten der Friedhofsverwaltung geöffnet werden. Säрге sollen spätestens eine halbe Stunde vor Beginn der Trauerfeier geschlossen werden.
- (3) Ein Sarg, in dem eine verstorbene Person liegt, die im Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei der der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat, wird nach Möglichkeit in einem besonderen Raum aufgestellt. Der Sarg darf nur mit schriftlicher Genehmigung der unteren Gesundheitsbehörde geöffnet werden.

§ 28 Benutzung der Friedhofskapelle

- (1) Für die Trauerfeier steht die Trauerhalle in der Friedhofskapelle zur Verfügung.
- (2) Die Trauerfeier muss der Würde des Ortes entsprechen.
- (3) Die Aufbahrung des Sarges kann versagt werden, wenn die verstorbene Person zum Zeitpunkt des Todes an einer nach dem Infektionsschutzgesetz meldepflichtigen Krankheit gelitten oder bei ihr der Verdacht einer solchen Krankheit zu dem genannten Zeitpunkt bestanden hat oder wenn Bedenken wegen des Zustandes der Leiche bestehen.

IX. Haftung und Gebühren

§ 29 Haftung

Nutzungsberechtigte Personen haften für alle Schäden, die durch von ihnen oder in ihrem Auftrag errichtete Grabmale, und andere Anlagen entstehen.

§ 30 Gebühren

Für die Benutzung des Friedhofes und seiner Einrichtungen sind Gebühren nach der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung zu entrichten.

X. Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 31 Übergangsvorschriften

(1) Diese Ordnung gilt für alle Nutzungsrechte, vorbehaltlich der Bestimmungen des Absatzes 2.

(2) Nutzungsrechte, die unbefristet oder auf Friedhofsdauer eingeräumt wurden, endeten am 31. Dezember 1980. Nach Ablauf dieser Frist können die Nutzungsrechte an solchen Grabstätten nach Maßgabe dieser Ordnung verlängert werden.

§ 32 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

(1) Diese Ordnung tritt nach der kirchenaufsichtlichen Genehmigung am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig tritt die Friedhofsordnung in der Fassung vom 26.08.2020 außer Kraft.

Eschede, den 30.06.2021

Der Kirchenvorstand der Ev.-luth. Johannis-Kirchengemeinde Eschede:


Vorsitzende*r





Kirchenvorsteher*in

Die vorstehende Friedhofsordnung wird hiermit gemäß § 66 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5, Absätze 2 und 5 der Kirchengemeindeordnung kirchenaufsichtlich genehmigt.

Celle, den **22. Sep. 2021**

Ev.-luth. Kirchenkreis Celle
Der Kirchenkreisvorstand


Vorsitzende*r




Kirchenkreisvorsteher*in